

Der deutsche Außenminister irrlichtert



Von **Ulf Poschardt**

Herausgeber WELT, „Politico“, „Business Insider“

Veröffentlicht am 05.11.2025 | Lesedauer: 3 Minuten



WELT-Herausgeber Ulf Poschardt

Quelle: Marlene Gawrisch/WELT

Die deutsche Asylpolitik setzt den Rechtsstaat außer Kraft. Wie selbstzerstörerisch das ist, zeigt der Fall des Syrers, der in Berlin einen Selbstmordanschlag geplant haben soll. Der CDU-Außenminister macht zugleich mit seinen Aussagen Wahlkampf versehentlich für die AfD.

Die Akzeptanz von Rechtsstaatlichkeit ist eng verknüpft mit dem Gedanken, dass die Justiz geltendes Recht auch vollzieht – unbestechlich und ohne Ansehen der Person. Der Tübinger Bürgermeister Boris Palmer, ein parteiloser Ex-Grüner, legte zuletzt in einer Talkshow dar (https://www.focus.de/politik/deutschland/bei-lanz-palmer-ueber-unbequeme-wahrheiten-der-auslaenderkriminalitaet_c8039229-d7df-4901-a8a4-a942fe012795.html), wie die Straftaten jener „Geflüchteten“ aussehen, die nicht abgeschoben werden und in Deutschland schlimmste Gewalttaten verüben.

Das Asylrecht ist in der deutschen Praxis ein Witz. Die meisten „Flüchtlinge“, die hierherkommen, suchen kein Asyl, sondern bestenfalls Wohlstand und Sicherheit – wogegen nichts einzuwenden wäre. Nur: Dafür wurde das Asylrecht nicht konzipiert. Eine Vielzahl profitiert schlicht von den Segnungen des deutschen Sozialstaats und der Inkonsequenz eines Rechtsstaats, der gegenüber Eingewanderten – egal, wie sehr sie die Gastfreundschaft und Großzügigkeit der Deutschen durch Straftaten verhöhnen – mit geradezu zynischer Milde agiert. Oft genug liegt die Rechtsprechung in den aktivistischen Händen von Richterinnen und Richtern, die in Migranten grundsätzlich Opfer und niemals Täter sehen.

Deutschland schiebt viel zu selten ab. Nur kurz vor Wahlen gibt es regelmäßig zynische Show-Abschiebeflüge, danach übernimmt wieder das NGO-Ballett aus Kirchenasyl, linken Juristen und Omas-gegen-Rechts-Demos. Diesem dysfunktionalen System setzt Johann Wadephul mit seinen irrlichternden Aussagen nun die Krone auf. Deutschlands Außenminister zweifelt nach einem Besuch in Syrien grundsätzlich an, dass angesichts der Zerstörung eine größere Zahl syrischer Flüchtlinge kurzfristig dorthin zurückkehren könne.

Selbstzerstörerische Gastfreundschaft

Keine Ahnung, wie sich der CDU-Mann Deutschland 1945 vorstellt – ganz sicher war es keine Fußgängerzone mit Freibier und All-you-can-eat-Buffer für alle. Natürlich müssen jene, die während des Bürgerkriegs nach Deutschland kamen, nach seinem Ende nun nach Syrien zurückkehren. Und natürlich müssen sie im Zweifel auch abgeschoben werden. Die Deutschen haben seit 2015 wahrlich selbstlos Gastfreundschaft walten lassen – und in Teilen selbstzerstörerisch, wie nicht zuletzt der Fall des gerade festgenommenen Syrsers zeigt, der in Berlin einen Selbstmordanschlag geplant haben soll. Der Mann ist Asylbewerber mit subsidiärem Schutz.

Natürlich können die Einser-Abiturienten, jene, die in ihren Jobs hervorragende Arbeit leisten, die bereits Steuern zahlen, die sich vorbildlich integriert haben und ein wichtiger Teil der Gesellschaft geworden sind, gerne bleiben. Aber nicht, weil sie Asylrecht genießen – sondern weil dieses Land sie braucht. Diese Kriterien müssen künftig schneller und deutlicher getrennt werden, auch im Interesse jener, die sich integrieren wollen.

Das eigentliche Problem an Wadepuhls Aussagen und der nachfolgenden, unionsinternen Debatte aber ist deren symptomatische Kakophonie. Die Bundesregierung hat nicht einmal innerhalb der Unionsriege eine abgestimmte Haltung. So liegt es einmal mehr am stets die Übersicht behaltenden CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann, die Sache richtig einzuordnen (<https://www.welt.de/politik/deutschland/article6907ad2ea6bc3e9242fc9ffc/abschiebungen-nach-syrien-linnemann-spricht-von-scheindebatte.html>) – und am loyalen Kabinettskollegen Dobrindt als Innenminister, die Regierung vor weiterem Schaden zu bewahren. Aber: Wo waren hier der Bundeskanzler und sein Kanzleramtsminister? Es geht um ein zentrales Problem der deutschen Innenpolitik.

Die Merkelsche Flüchtlingspolitik von 2015 hat das Land gespalten. Und sie hat Europa gespalten. Friedrich Merz ist im Wahlkampf angetreten, diese unselige Politik nachhaltig zu korrigieren. Dazu gehören Abschiebungen – und dazu gehört ein nicht-sentimentaler Ton, wie der Bundesminister des Äußeren ihn einmal mehr vermissen lässt. Mit seiner Intervention macht der rührende Wadephul versehentlich Wahlkampf für die AfD. Wie kann so etwas passieren?